



Online

NZZ Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'119'000  
Page Visits: 10'421'399

Online lesen

Themen-Nr.: 377.009  
Abo-Nr.: 377009

Service public im Mediensektor

## Im heiklen Auftrag des Staats

von Rainer Stadler 11.6.2016, 05:30 Uhr

Nun wird die Diskussion über den öffentlichen Auftrag für Medien wieder an Schwung gewinnen. Die Reformer sind mit Knacknüssen konfrontiert.



Politik und Medien werden den audiovisuellen Service public wieder zum Diskussionsthema machen. (Bild: Lukas Lehmann / Keystone)

Wie viel SRG brauchen wir? Nach der Abstimmung über den Service public bei Post, Telekommunikation und Bahn rückt der öffentliche Auftrag für den Mediensektor wieder in den Mittelpunkt der politischen Agenda. Demnächst wird der Bundesrat einen entsprechenden Bericht publizieren. Bei den interessierten Kreisen wächst die Spannung, was sie teilweise auch sichtbar machen.

Der Verband Schweizer Medien verschickte vor einer Woche ein professorales Papier, das eine Neugestaltung der audiovisuellen Medien entwirft. Die Aktion Medienfreiheit wiederum versicherte dieser Tage, sie bereite sich intensiv auf die bevorstehende Debatte vor. Zudem erweiterte sie ihren Vorstand um zwei weitere FDP-Vertreter: den Vizepräsidenten Philippe Nantermod und den Präsidenten der Jungfreisinnigen, Andri Silberschmidt. Die Liberalen stellen nun die meisten Vorstandsmitglieder der von der SVP-Frau Natalie Rickli präsidierten Aktion.

Im Kampf um den künftigen Service public kann man vier Fraktionen ausmachen: die Abschaffer, die Reduktionisten, die Umverteiler und die Besitzstandwahrer.

Punkto Besitzstandwahrer kann man sich kurz fassen. Sie wollen am Status quo und damit an einer sehr



Online

NZZ Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'119'000  
Page Visits: 10'421'399

**Online lesen**

Themen-Nr.: 377.009  
Abo-Nr.: 377009

starken SRG festhalten, dem Kern der jetzigen Medienordnung. In diesem Sinn äusserte sich auch die Eidgenössische Medienkommission (Emek) Ende des vergangenen Jahres. Nimmt man die Entwicklungen in Grossbritannien zum Massstab, scheint diese Fraktion letztlich gar keine schlechten politischen Karten zu haben. Im nördlichen Inselreich, das hierzulande für sein liberales Staatsverständnis gelobt wird, gab es in jüngster Zeit starke Attacken gegen die mächtige BBC, doch letztlich unterliess selbst die konservative Regierung den grossen Angriff und präsentierte schliesslich am 12. Mai ein ziemlich zahmes Reformpapier.

### BBC bleibt geschützt

Danach soll die BBC das staatliche Gebührenprivileg behalten. Nicht zuletzt will man die Höhe der Empfangsgebühren für die kommenden fünf Jahre inflationsbereinigt beibehalten. Das Regierungspapier lobt die BBC für ihre einzigartige Rolle in der Gesellschaft und sieht sie als Teil der nationalen «soft power» – angesichts der Rückbesinnung auf den Nationalstaat wird auch der nationale Rundfunk wieder vermehrt als nützlicher Teil der Interessenpolitik wahrgenommen.

### Abschaffer und Reduktionisten

Aber zurück zur Schweiz, wo die SRG natürlich nicht über die internationale Strahlkraft einer BBC verfügt. Hier sammeln sich die Abschaffer um die No-Billag-Initiative, die Anfang Jahr zustande gekommen ist. Sie wollen die staatlich garantierten Empfangsgebühren eliminieren, womit der teuerste Teil der Mediensubvention – etwa 1,3 Milliarden Franken – beseitigt wäre. Damit wäre gleichzeitig ein Haufen von Regulationen überflüssig, weil sich der Staat kaum mehr in den Medienmarkt einmischen würde – eine so einfache wie saubere Lösung.

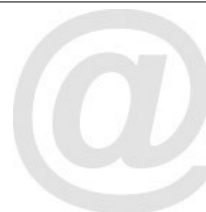
So weit will indessen selbst die Aktion Medienfreiheit nicht gehen, wohl anerkennend, dass die Probleme der Finanzierung von Journalismus in der Schweiz nicht gering sind. Doch kämpft die Vereinigung für eine wesentliche Reduktion des Umfangs des medialen Service public; dies mit dem Ziel, den Marktkräften mehr Spielraum zu geben und so die Medienvielfalt zu fördern. Eine ähnliche Stossrichtung verfolgt der Schweizerische Gewerbeverband, der vor einem Jahr mit seinem Referendum gegen die allgemeine Radio- und Fernsehgebühr fast gesiegt hätte und damit die höchst sicher geglaubte Basis der SRG erschütterte. Er will in dieser Sache am Ball bleiben.

### Die Umverteiler

Diesen Reduktionisten, die für einen schmaleren Service public plädieren, stehen die Umverteiler nahe. Zumindest teilweise. Gemeinsam ist ihnen die Meinung, der Spielraum der SRG müsse verkleinert und der Service public genauer definiert werden. Die Reduktionisten halten allerdings nichts von der Idee der Umverteiler, einen grösseren Anteil der Radio- und Fernsehgebühren den Privaten zugutekommen zu lassen. Dies verstärke nur deren Abhängigkeit vom Staat, sagen die Reduktionisten.

Genau damit liebäugeln die Verleger. Sie wehrten sich zwar regelmässig gegen eine direkte Medienförderung und kämpften im Namen der Medienfreiheit für indirekte Fördermassnahmen wie die Unterstützung des Vertriebs von Zeitungen – derzeit bekommen die kleineren Regionalzeitungen rund 30 Millionen Franken pro Jahr. Gleichzeitig votierten die Verleger aber für einen Zugang zu den Gebührengeldern, quasi als Kompensation für die dominante Stellung der SRG. Ab dem 1. Juli erhalten die Lokalsender etwas mehr öffentliche Gelder, nämlich 67,5 statt 54 Millionen Franken pro Jahr. Direkte Medienförderung ist damit schon längst Realität. Überdies machen die Gebührengelder einen wesentlichen Teil des Budgets einzelner Sender aus. Insofern schrumpft die formale Distanz zur SRG.

### Publikumserfolg belohnen



Online

NZZ Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'119'000  
Page Visits: 10'421'399

Online lesen

Themen-Nr.: 377.009  
Abo-Nr.: 377009

Bevor die No-Billag-Initiative vors Volk kommt, werden die Reduktionisten und Umverteiler die medienpolitischen Diskussionen prägen. Hier will die Auftragsstudie des Verlegerverbands, verfasst von Peter Hettich (Professor für Wirtschaftsrecht, Universität St. Gallen) und Mark Schelker (Professor für öffentliche Finanzen, Universität Freiburg), neue Aspekte einbringen.

Dies sind die auffälligsten Punkte des Papiers: Öffentliche Fördergelder sollen nicht mehr hauptsächlich einem einzigen Veranstalter zugutekommen; vielmehr würden mehrere Medienkommissionen darüber entscheiden, welche Medienangebote eine Unterstützung verdienten. Dabei würden nicht nur inhaltliche Kriterien eine Rolle spielen, sondern auch quantitative Kriterien des Publikumserfolgs. Wenn also ein jeweiliges Medienprodukt ein grosses Publikum erreicht, würde sich dies positiv auf die Höhe der zugesprochenen Gelder auswirken. Finanziell bestraft würden hingegen jene, welche hohe Medienkunst vor leeren Stühlen produzieren. Das Papier macht den Vorschlag, 60 Prozent des Fördergelds nach inhaltlichen Kriterien und 40 Prozent gemäss dem tatsächlichen Konsum zu vergeben – dies auf der Basis einschlägiger Publikumsforschung. Nischenprogramme blieben aber nicht ausgeschlossen von Fördergeldern.

Die Bewertung der Medienangebote müsste gemäss dem Expertenpapier im Nachhinein erfolgen. Damit soll vermieden werden, dass ausführliche Kriterienkataloge zu formulieren wären, deren Einhaltung nachträglich kontrolliert werden müsste, was eine aufwendige Bürokratie zur Folge hätte. Zudem wären die Bewerber nicht versucht, den Gremien Versprechungen zu machen, die sie gar nicht einhalten können oder wollen. Dass es mehrere Kommissionen wären, welche Gelder vergäben, hätte gemäss der Studie den Zweck, die Abhängigkeit von einer einzelnen Institution zu senken und gleichzeitig einen Pluralismus bei der Einschätzung jeweiliger Angebote zu ermöglichen.

### Gute Antworten gesucht

Wenn öffentliche Gelder durch Kommissionen vergeben würden, bliebe die Staatsferne des Prozesses und damit die Medienfreiheit gewahrt. Der für dieses Modell notwendige Aufwand wird im Papier allerdings nicht besprochen. Er sollte nicht unterschätzt werden, auch im Hinblick auf die Bestimmung solcher Kommissionen. Zudem wären Gremien, die über Medienangebote im Nachhinein entscheiden, ebenfalls gezwungen, gemäss einem nachvollziehbaren Urteilmuster vorzugehen; andernfalls wären sie schnell dem Vorwurf der Willkür ausgesetzt.

Unter den Reformwilligen ist derzeit der Drang gross, beim Service public weniger Laisser-faire zuzulassen und insbesondere die SRG auf einen enger und vor allem klarer definierten Auftrag zu verpflichten. Die grosse Schwierigkeit besteht dabei darin, Modelle zu entwickeln, welche Staatsferne sicherstellen, effizient sind und gleichzeitig eine Verwässerung des öffentlichen Auftrags verhindern. Wirklich überzeugende Antworten sind noch nicht gefunden worden.